

Dok-HuF-2007/18

„Berufsbefähigung“ statt „Employability“ – Beitrag zum HRK/DAAD-Workshop „Enhancing Quality Across Borders“

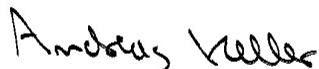
Verteiler: BFGA HuF, BASS, ProG LeBi, ProG ArbPla HuF, DGB-AK HoPo

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

anbei erhaltet ihr den Beitrag über „Berufsbefähigung und Qualitätssicherung“, den ich für den internationalen Expertenworkshop „Enhancing Quality Across Borders – Regional Cooperation in Quality Assurance in Higher Education“ geleistet habe, in deutscher und englischer Sprache. Hochschulrektorenkonferenz und der Deutsche Akademische Austauschdienst haben den Workshop vom 18. bis 20.06.2007 Bonn ausgerichtet. Mit meinem Beitrag repräsentierte ich das Pan-European Network der Bildungsinternationalen (Education International). Die Ergebnisse der Tagung sind unter http://www.hrk.de/de/projekte_und_initiativen/125_3593.php im Internet dokumentiert.

Mit dem Beitrag versuche ich zugleich eine positive Bestimmung des Begriffs „Berufsbefähigung“, den die Gewerkschaften alternativ zum arbeitgeberseitig besetzten und viel zu eng gefassten Begriff der „employability“ (Beschäftigbarkeit) verwenden sollten, so meine Empfehlung.

Mit kollegialen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads 'Andreas Keller'.

Dr. Andreas Keller

Berufsbefähigung und Qualitätssicherung

Von Dr. Andreas Keller

Berufsbefähigung als Qualitätskriterium

Für die in Education International zusammengeschlossenen Bildungsgewerkschaften haben die Sicherung und kontinuierliche Verbesserung der Qualität von Studiengängen eine besondere Bedeutung. Die Gewerkschaften unterstützen die Studienreform im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess, weil sie sich von ihr eine bessere Qualität des Hochschulstudiums im Europäischen Hochschulraum versprechen. Eine Verbesserung der Qualität des Studiums ist wiederum Voraussetzung für die Verbesserung der Chancen der Hochschulabsolventinnen und -absolventen, einen guten Arbeitsplatz zu erhalten – sowohl auf dem einheimischen inländischen als auch auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Wenn die berufliche Praxis von der Qualität der Hochschulabschlüsse und des Studiums ausländischer Bewerberinnen und Bewerber überzeugt ist, haben sie die gleichen Chancen wie inländische Bewerberinnen und Bewerber. Qualitätssicherung ist somit ein Beitrag zur Steigerung der internationalen Mobilität von Studierenden und von Akademikerinnen und Akademikern.

Ein wichtiger Aspekt der Qualitätssicherung von Hochschulabschlüssen und Studiengängen ist, die Berufsfähigkeit der Hochschulabsolventinnen und -absolventen zu verbessern. Die Berufsbefähigung ist ein wichtiges Kriterium für die Qualität eines Studiengangs. Die Gewerkschaften fordern, dass der berufsbefähigende Charakter jedes Studiengangs nachgewiesen wird. Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung – insbesondere Akkreditierungsverfahren – sind entsprechend auszugestalten.

Insbesondere bei Bachelorstudiengängen hat der Nachweis der Berufsbefähigung eine hervorgehobene Bedeutung. In vielen Ländern Kontinentaleuropas wie auch in Deutschland, wo die gestuften Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master erst im Zuge des Bologna-Prozesses seit 1999 eingeführt werden, ist die Akzeptanz der neuen Studiengänge bei den Studierenden und in der beruflichen Praxis noch nicht in allen Fachrichtungen gegeben. Der überzeugende Nachweis der Berufsbefähigung der neuen Studiengänge kann somit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Akzeptanz der neuen Studiengänge und damit zum Erfolg der Studienreform im Zuge des Bologna-Prozesses leisten.

Qualitätssicherung als partizipatorischer Prozess

Was im Einzelnen die Berufsbefähigung und damit die Qualität eines Studiengangs ausmacht, kann nicht top down dekretiert werden – weder von der Kultusbürokratie noch allein von den wissenschaftlichen Fachvertretern an den Hochschulen. Studienreform und Qualitätssicherung müssen vielmehr als partizipatorische Prozesse organisiert werden, an denen auch die Studierenden sowie Vertreter der beruflichen Praxis beteiligt sind. Die berufliche Praxis muss dabei von beiden Seiten repräsentiert werden: sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Gewerkschaften als Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Qualitätssicherung und Studienreform sind nur dann tragfähig, wenn alle beteiligten

stakeholder spezifischen Perspektiven und Anforderungen artikulieren und geltend machen können. Dies betrifft sowohl die interne Qualitätssicherung an den Hochschulen als auch die externe Qualitätssicherung durch Agenturen.

Für die interne Qualitätssicherung sehen die „Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area“, die das European Network for Quality Assurance in Higher Education (ENQA) im Auftrag der europäischen Hochschulministerinnen und –minister zur 3. Bologna-Folge-Konferenz 2005 vorgelegt hat, vor, dass die Hochschulen über Strategien, Konzepte und Verfahren zur Sicherung der Qualität ihrer Studiengänge und Abschlüsse verfügen müssen. Diese müssen veröffentlicht werden und die Studierende sowie weitere Akteure einbeziehen. Die Gewerkschaften fordern, dass die Hochschulen in ihren Strategien, Konzepten und Verfahren zur Qualitätssicherung der Sicherung der Berufsbefähigung der Studiengänge einen besonderen Stellenwert geben und neben den Studierenden als weitere Akteure der Qualitätssicherung Vertreter der beruflichen Praxis einschließlich der Gewerkschaften beteiligen.

Für die externe Qualitätssicherung durch Agenturen sehen die „Standards and Guidelines“ eine externe Beurteilung seitens einer Expertengruppe vor. Diese Expertengruppe soll, wo es angebracht ist („as appropriate“), so die „Standards and Guidelines“, eine Studentin oder ein Student gehört. Die Gewerkschaften fordern, dass auch bei der externen Beurteilung sowohl die Studierenden als auch Vertreter der beruflichen Praxis, einschließlich der Gewerkschaften, stets beteiligt werden. In Deutschland sind Studierende und Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften im Akkreditierungsverfahren beteiligt: sowohl in der externen Beurteilung durch Akkreditierungsagenturen als auch im Akkreditierungsrat, der über die Anerkennung der Akkreditierungsagenturen und die von ihnen anzuwendenden Verfahren zu entscheiden hat. Hochschulen, Agenturen und Staat sind in Deutschland in dieser Hinsicht insgesamt zufrieden mit diesem Verfahren, das sich als praktikabel erwiesen hat und die Berücksichtigung unterschiedlicher Sichtweisen und Verständnisse von Qualität ermöglicht. Soweit transnationale Qualitätssicherungsverfahren etabliert werden, fordern die Gewerkschaften nach dem Vorbild dieser guten Praxis die Beteiligung der relevanten stakeholder, namentlich der Studierenden und der beruflichen Praxis einschließlich der Gewerkschaften.

Education International ist überzeugt: Die Gewissheit, dass Vertreterinnen und Vertreter der beruflichen Praxis an der Qualitätssicherung von Studiengängen beteiligt sind, verbessert auch die Akzeptanz und Anerkennung der jeweiligen Hochschulabschlüsse im Ausland. Denn letztlich ist es die berufliche Praxis – Arbeitgeber und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – die für die Einstellung der Akademikerinnen und Akademiker und für ihre Integration in die Betriebsabläufe und Arbeitsprozesse verantwortlich sind. Die Transparenz des Verfahrens, die den Akteuren auf dem internationalen Arbeitsmarkt einen vollständigen Einblick in Verfahren, Kriterien und Beteiligte der Qualitätssicherung gibt, ist hierfür eine zentrale Voraussetzung.

Inhaltliche Anforderungen an Berufsbefähigung

Welche inhaltlichen Vorstellungen von Berufsbefähigung als einem wesentlichen Kriterium für die Qualität von Studiengängen haben die Gewerkschaften? Von

entscheidender Bedeutung ist zunächst, dass Berufsbefähigung nicht auf die verkürzte Vorstellung reduziert werden darf, dass ein Hochschulstudium in erster Linie unmittelbar beruflich verwertbare Fertigkeiten vermitteln. Insofern greift der verbreitete Begriff „Beschäftigungsfähigkeit“ (employability) zu kurz. Umgekehrt würden die Hochschulen ihren Aufgaben aber auch nicht gerecht, wenn sie völlig losgelöst von beruflichen Anforderungen an die Hochschulausbildung einen zweckfreien Wissenskanon vermitteln wollten. Die Gewerkschaften sind überzeugt: Ein Studium ist gerade dann berufsbefähigend, wenn es einerseits auf die berufliche Praxis Bezug nimmt und zugleich andererseits die Studierenden dafür qualifiziert, die berufliche Praxis auf wissenschaftlicher Grundlage kritisch zu reflektieren. Ein Hochschulstudium muss die Studierenden auch befähigen, die gesellschaftlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen der beruflichen Praxis sowie die Folgen der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Praxis für Menschen und Umwelt zu reflektieren.

Darüber hinaus hat ein Studium jene überfachlichen Qualifikationen zu vermitteln, die für die eigenständige Lösung von Problemen in der beruflichen Praxis benötigt werden. Absolventinnen und Absolventen müssen in der Lage sein, sich selbstständig in die berufliche Praxis einzuarbeiten, in Teams mitzuarbeiten und diese zu leiten, mit Kolleginnen und Kollegen, Kunden und Partnern zu kommunizieren und zu verhandeln, über ihr eigenes Fachgebiet hinaus interdisziplinäre Zusammenhänge zu erkennen und zu verstehen, Projekte zu managen und Entscheidungen verantwortungsbewusst zu treffen.

Schließlich hat die Hochschule heute in jedem Studiengang die Verantwortung, den Studierenden Kompetenzen zu vermitteln, die speziell für eine Berufstätigkeit im Ausland, insbesondere im Europäischen Hochschulraum, benötigt werden. Neben Sprachkompetenzen geht es dabei um interkulturelle Kompetenz sowie um die Fähigkeit, die spezifischen politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen für die Berufsausübung im Heimatland als solche zu identifizieren und zu reflektieren und Unterschiede im Ausland wahrzunehmen und angemessen mit ihnen umzugehen.

Unter diesen Voraussetzungen werden die wissenschaftlich ausgebildeten Akademikerinnen und Akademiker auch in der Lage sein, die sich stets wandelnden beruflichen Anforderungen zu bewältigen und die dafür benötigten Qualifikationen eigenständig weiterzuentwickeln. Denn ein Hochschulstudium ist heute nur dann berufsbefähigend, wenn es die Grundlage für eine dauerhafte Berufsbefähigung legt und die Studierenden zu lebenslangem Lernen befähigt.

Herausforderungen für die Hochschulen

Für die Hochschulen ergeben sich daraus folgende Herausforderungen. Die wissenschaftlichen Fachdisziplinen an den Hochschulen müssen sich endlich systematisch mit den Berufsfeldern, für die sie Akademikerinnen und Akademiker ausbilden, auseinandersetzen und diese zum Gegenstand ihrer Forschung machen. Erst auf dieser Grundlage sind sie in der Lage, die Curricula ihrer Studiengänge und Inhalte ihrer Lehrveranstaltungen auf die für die Berufsausübung erforderlichen Kompetenzen beziehen. Die vom Bologna-Prozess geforderte Modularisierung der Studiengänge eröffnet in diesem Zusammenhang große Chancen, wenn darunter mehr verstanden wird als die Zusammenfassung von Vorlesungen und Seminaren zu

Modulen. Ziel der Modularisierung muss vielmehr die inhaltliche Erneuerung der Lehrangebote nach Maßgabe einer klaren Orientierung an Lernzielen oder Kompetenzen (learning outcomes) sein. In diesem Sinne treten die Gewerkschaften für eine wirklich qualitative Studienreform im Europäischen Hochschulraum ein.

In den Konzepten für die neuen Studiengänge sind Theorie und Praxis, Forschungsorientierung und Anwendungsorientierung zu integrieren. Konkret bedeutet das: Die Studiengänge sollten einerseits praxisorientierter werden und mehr Anteile eines projekt- und problemorientierten Studiums und Praktika enthalten; andererseits sollten die Studierenden durch forschendes Lernen frühzeitig an die eigenständige wissenschaftliche Arbeit herangeführt werden. Die praxisorientierten Studienanteile sind als eigene Lehr- und Lernform in das Studium zu integrieren und als Teil des Studiums mit Anrechnungspunkten zu versehen.

Die Hochschulen werden diese Leistungen nur dann erbringen können, wenn ihr Lehrpersonal dafür inhaltlich wie didaktisch qualifiziert ist. Dies unterstreichen auch die Empfehlungen des offiziellen Bologna-Seminars zum Thema „Enhancing European Employability“, das im Juli 2004 in Swansea stattfand: „The ensuing complexity of options for further study or employment, combined with the encouragement of student mobility requires the provision of high quality professional staff guidance for students and appropriate staff development for academic and other university staff. In this context, higher education institutions and governments should promote a coherent cross-departmental strategic approach, to allow institutions to integrate the international dimension and particularly student mobility in institutional policy and curriculum planning.“

(<http://www.bolognaconference.swan.ac.uk/recommendations.html>) Die Gewerkschaften erwarten daher von den Hochschulen, die Anforderungen an eine berufsbefähigendes Studium von Studierenden in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses sowie in der Weiterbildung des wissenschaftlichen Personals angemessen zu berücksichtigen.

Dass, wie derzeit an vielen deutschen Hochschulen, ausgerechnet den in Folge des Bologna-Prozesses geschaffenen neuen Bachelorstudiengängen häufig Praxissemester und Freiräume für selbst organisiertes Studium zum Opfer fallen, ist vor diesem Hintergrund alarmierend. Es ist daher im Einzelnen sehr genau zu prüfen, ob die Berufsfähigkeit schon in sechs Semestern vermittelt werden kann oder ob dafür, wie es für den Europäischen Hochschulraum die Bologna-Erklärung von 1999 ausdrücklich zulässt, nicht sieben oder acht Semester erforderlich sind.

Ausblick

Die Gewerkschaften sind nicht nur bereit, an der Studienreform und Qualitätssicherung im Europäischen Hochschulraum konstruktiv mitzuwirken. Sie sind auch davon überzeugt, dass der Erfolg der Reformprozesse die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften als Vertreterinnen der Arbeitnehmerseite der beruflichen Praxis voraussetzt. Vor diesem Hintergrund sieht Education International mit Sorge, dass das London Communiqué der europäischen Hochschulministerinnen und Hochschulminister vom Mai 2007 mit dem Titel „Towards the European Higher Education Area: responding to challenges in a globalised world“ zwar die Arbeitgeber, aber nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als erste Gesprächspartner ansieht. So heißt es unter Ziffer 3.5. des Communiqué unter der

Überschrift „Employability“: „Governments and HEIs [Higher Education Institutions, A. K.] will need to communicate more with employers and other stakeholders on the rationale for their reforms.“ Die Gewerkschaften sind bereit, sich in diesen Dialog auf gleicher Augenhöhe mit den Hochschulen und Arbeitgebern einzumischen.

Dr. Andreas Keller leitet den Vorstandsbereich Hochschule und Forschung beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und ist Mitglied des Higher Education Standing Committee der Education International – Pan European Network.

Anlage 1: Abstract

Ein wichtiger Aspekt der Qualitätssicherung von Hochschulabschlüssen und Studiengängen ist die Verbesserung der Berufsbefähigung von Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen. Die Berufsbefähigung ist ein wichtiges Kriterium für die Qualität eines Studiengangs. Die Gewerkschaften fordern, dass der berufsbefähigende Charakter jedes Studiengangs nachgewiesen wird. Wenn die berufliche Praxis von der Berufsbefähigung der Hochschulabschlüsse ausländischer Bewerberinnen und Bewerber überzeugt ist, haben diese die gleichen Chancen wie inländische Bewerberinnen und Bewerber. Qualitätssicherung ist somit ein Beitrag zur Steigerung der internationalen Mobilität von Studierenden und von Akademikerinnen und Akademikern.

Was im Einzelnen die Berufsbefähigung und damit die Qualität eines Studiengangs ausmacht, kann nicht top down dekretiert werden – weder von der Kultusbürokratie noch allein von den wissenschaftlichen Fachvertretern an den Hochschulen. Studienreform und Qualitätssicherung müssen vielmehr als partizipatorische Prozesse organisiert werden, an denen auch die Studierenden sowie Vertreter der beruflichen Praxis beteiligt sind. Die berufliche Praxis muss dabei von beiden Seiten repräsentiert werden: sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Gewerkschaften als Vertreterinnen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Von entscheidender Bedeutung ist zunächst, dass Berufsbefähigung nicht auf die verkürzte Vorstellung reduziert werden darf, dass ein Hochschulstudium in erster Linie unmittelbar beruflich verwertbare Fertigkeiten vermitteln. Umgekehrt würden die Hochschulen ihren Aufgaben aber auch nicht gerecht, wenn sie völlig losgelöst von beruflichen Anforderungen an die Hochschulausbildung einen zweckfreien Wissenskanon vermitteln wollten. Ein Studium ist vielmehr gerade dann berufsbefähigend, wenn es einerseits auf die berufliche Praxis Bezug nimmt und zugleich andererseits die Studierenden dafür qualifiziert, die berufliche Praxis auf wissenschaftlicher Grundlage kritisch zu reflektieren.

Anlage 2: Text für Powerpoint-Folien

Berufsbefähigung als Qualitätskriterium

- Bedeutung der Sicherung der Qualität von Studiengängen:
 - Chancen der Absolventinnen und Absolventen auf dem Arbeitsmarkt
 - Internationale Mobilität von Studierenden und Akademikerinnen und Akademikern
- Wichtiges Qualitätskriterium: Berufsbefähigung

Qualitätssicherung als partizipatorischer Prozess

- An der Qualitätssicherung sind alle relevanten stakeholder zu beteiligen:
 - Fachvertreter an den Hchsulen
 - Studierende
 - Berufliche Praxis
 - Arbeitgeber
 - Gewerkschaften
- Interne Qualitätssicherung: Beteiligung der Gewerkschaften in Strategien, Konzepten und Verfahren der Hochschulen

- Externe Qualitätssicherung: Beteiligung von Gewerkschaften bei Beurteilung von Studiengängen durch Agenturen
- Voraussetzung: Transparenz des Verfahrens

Inhaltliche Anforderungen an die Berufsbefähigung

- „Employability“ greift zu kurz, da Studium mehr als unmittelbar beruflich verwertbare Fertigkeiten vermitteln muss
- Studium darf sich aber auch nicht auf zweckfreien Wissenskanon beschränken
- Berufsbefähigung:
 - Kritische Reflexion der beruflichen Praxis
 - Vermittlung überfachlicher Kompetenzen zur Problemlösung
 - Internationale Kompetenz
 - Befähigung zu lebenslangem Lernen

Herausforderungen für Hochschulen

- Wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Berufsfeldern, für die sie Akademikerinnen und Akademiker ausbilden
- Orientierung an learning outcomes
- Integration von Theorie und Praxis
- Entsprechende Qualifikation des Lehrpersonals

Fazit

- Die Gewerkschaften sind nicht nur bereit, an der Studienreform und Qualitätssicherung im Europäischen Hochschulraum konstruktiv mitzuwirken.
- Sie sind auch davon überzeugt, dass der Erfolg der Reformprozesse die aktive Mitwirkung der Gewerkschaften als Vertreterinnen der Arbeitnehmerseite der beruflichen Praxis voraussetzt.

Professional Qualification and Quality Assurance

by Dr Andreas Keller

Professional qualification as a criterion of quality

The trade unions within Education International attach particular importance to ensuring and continuously improving the quality of courses in higher education. The trade unions support the study reforms associated with the Bologna process because they expect these to enhance the quality of higher education within the European Higher Education Area. Improving the quality of study is, in turn, vital to improving the likelihood that higher education graduates will find a good job – be it in their own domestic labour market or in the international market. If the professional community believes in the quality of university degrees and study diplomas held by foreign applicants, these will benefit from the same opportunities as domestic applicants. Quality assurance thereby contributes to boosting the international mobility of students and academics.

One important aspect of quality assurance for university degrees and study courses is that they should improve the professional qualifications of higher education graduates. The acquisition of professional qualification is a major criterion in assessing the quality of a course. The trade unions call for every course to demonstrate that it actually qualifies people to exercise their profession. Quality assurance and quality development measures – especially accreditation procedures – should be designed accordingly.

The need to prove that training equips graduates for the profession is particularly acute for bachelor courses. In many countries of continental Europe – including Germany, where the cycle structure of bachelor and master degrees only began to be introduced from 1999 onwards as part of the Bologna process – the new courses have not yet been accepted by students or the professional community in every discipline. Convincing proof that the new courses grant students the professional qualification they require would help substantially to improve the acceptance of these new courses and hence contribute to the success of the reforms undertaken within the Bologna process.

Quality assurance as a participatory process

How any particular course actually imparts professional qualification, and hence its quality, cannot be decreed top down – either by the education bureaucracy or solely by the academic representatives of higher education disciplines. Study reform and quality assurance need, rather, to be organised as participatory processes in which students and representatives of professional practice also take part. Professional practice needs to be represented on both sides: by both the employers and the trade unions on behalf of those who work in the sector. Quality assurance and study reform will only reap results if all the stakeholders involved can express and realise their specific perspectives and requirements. This applies both to internal quality assurance in higher education institutions and external quality assurance carried out by agencies.

As far as internal assurance is concerned, the Standards and Guidelines for Quality Assurance in the European Higher Education Area, presented to the 3rd Bologna follow-up conference in 2005 by the European Network for Quality Assurance in Higher Education (ENQA) at the request of Europe's higher education ministers, urge higher education institutions to adopt strategies, concepts and procedures to ensure the quality of their courses and qualifications. These must be published and they are to involve students and other stakeholders. The trade unions want the institutions to attach particular importance in their strategies, concepts and procedures for quality assurance to ensuring that courses do equip graduates for their profession, and apart from students they want the other stakeholders in quality assurance to embrace representatives of professional practice, including the trade unions.

When it comes to external quality assurance by agencies, the Standards and Guidelines provide for external assessment by a group of experts. These experts should as appropriate, say the Standards and Guidelines, number a student among their ranks. The trade unions also want external assessment to involve both students and representatives of professional practice, including the trade unions, as a general rule. In Germany students and trade union representatives do take part in the accreditation procedure: both in external assessment by accreditation agencies and on the Accreditation Council whose task is to recognise the accreditation agencies and the procedures they apply. In this respect, the higher education institutions, agencies and government authorities in Germany are satisfied overall with the procedure, which has demonstrated that it is practicable and has facilitated the consideration of different views and definitions of quality. Where transnational quality assurance procedures are to be established, the trade unions want to see this good practice taken up, with involvement of the relevant stakeholders, that is, students and professional practitioners, including the trade unions.

Education International firmly believes that the acceptance and recognition of foreign diplomas will also be boosted by the knowledge that representatives of professional practice participate in quality assurance for higher education. After all, it is ultimately the professional practitioners – employers and workers alike – who are responsible for recruiting graduates and integrating them into workplace structures and work flows. One crucial factor in this is procedural transparency, enabling players in the international labour market to acquire a detailed understanding of quality assurance procedures and criteria and who implements them.

What ground must a professional qualification cover?

What ideas do the trade unions have about what it takes to exercise a profession, if this is to be an essential criterion for assessing the quality of a course? The first decisive factor is that a professional qualification cannot be reduced to the simplistic formula that training must above all impart skills of immediate relevance to the profession. In this respect, the widely used term "employability" is too narrow. But nor would the higher education institutions be doing their job properly if they sought to convey a canon of knowledge with no particular purpose in total isolation from professional requirements. The trade unions firmly believe that the kind of degree that enables students to exercise a profession is one that, first, relates to professional practice and, second, provides students with the scientifically founded skills they need to reflect critically on professional practice. Higher education must also teach students to reflect upon the social foundations on which practical practice is built and

the conditions in which it operates, and on the consequences for people and for the environment of applying their academic knowledge in practice.

Moreover, the course must impart those non-disciplinary skills that a person needs to resolve unaided any problems that arise in the course of professional practice. Graduates must be able to prepare independently for their professional tasks, to work in and manage teams, to communicate and negotiate with colleagues, clients and partners, to recognise and understand interdisciplinary contexts that transcend their own subject, to manage projects and to take decisions responsibly.

Besides, today's institutions of higher education have a responsibility with every course to impart the particular skills students will need if they wish to exercise their profession in another country, especially within the European Higher Education Area. Apart from language skills, this means intercultural skills and an ability to identify and reflect upon the specific political, social and economic conditions under which the profession is practised in their own country, to perceive the differences that prevail abroad, and to deal with these appropriately.

If these conditions are met, academically trained graduates will be able to master constantly changing professional demands and to develop unaided the skills they will need to respond to these. These days, higher education will only enable people to exercise a profession if it lays the basis for long-term professional practice and imparts the capacity for life-long learning.

The challenges for higher education

The challenges to higher education are as follows: the specialist academic disciplines taught in higher education institutions must at last take a systematic interest in the professional worlds for which they train their students and make these the subject of their research. This is the only basis on which they can gear their course curricula and the content of their teaching to the qualification required in the exercise of the profession. The modular architecture called for by the Bologna process opens up tremendous opportunities in this context if this is understood to mean more than clustering lectures and seminars into modules. The aim of modularisation must, rather, be to renew the content of the courses provided on the basis of a clear orientation towards learning outcomes. In this spirit, the trade unions champion a truly qualitative study reform within the European Higher Education Area.

Concepts for these new courses must integrate theory with practice and draw their orientation from both research and its application. In concrete terms this means that courses need, firstly, to be geared more closely to practice and devote more time to project- and problem-oriented study and work experience; at the same time, however, students need to be initiated early into independent scholarship by learning through research. Practice-oriented components must be integrated into the course as a teaching and learning format in their own right, an essential part of the overall course for which credits are awarded.

Higher education institutions will only be able to perform these tasks if their teaching staff have the appropriate substantive knowledge and didactic skills. This is endorsed by the recommendations that came out of the official Bologna Seminar on Enhancing European Employability, held in Swansea in July 2004: "The ensuing complexity of

options for further study or employment, combined with the encouragement of student mobility, requires the provision of high quality professional staff guidance for students and appropriate staff development for academic and other university staff. In this context, higher education institutions and governments should promote a coherent cross-departmental strategic approach, to allow institutions to integrate the international dimension and particularly student mobility in institutional policy and curriculum planning.”

(<http://www.bolognaconference.swan.ac.uk/recommendations.html>) The trade unions therefore expect higher education institutions to take adequate account of the need to equip their students professionally when training young academics and providing further training for academic staff.

In the light of this, it is alarming to note that so often it is precisely the semesters devoted to work experience and the scope for self-organised study that are being sacrificed at many German universities to make way for the very same new bachelor courses that are a consequence of the Bologna process. Very careful review is required, in each specific case, to establish whether appropriate professional qualification can indeed be imparted in six semesters or whether seven or eight semesters might not be necessary, as the Bologna Declaration of 1999 explicitly allows for the European Higher Education Area.

Prospects

Not only are the trade unions ready to play a constructive role in study reform and quality assurance within the European Higher Education Area. They also take the firm view that active involvement of trade unions, as representatives of the workers in the professional practice equation, is vital to the success of the reform process. In this context, Education International is concerned to note that the London Communiqué adopted in May 2007 by Europe’s higher education ministers under the title “Towards the European Higher Education Area: responding to challenges in a globalised world” envisages employers as prime partners, but not the working community. Under the heading Employability, point 3.5 of the communiqué says: “Governments and HEIs [higher education institutions, A. K.] will need to communicate more with employers and other stakeholders on the rationale for their reforms.” The trade unions are willing to provide their own input into this dialogue on a par with the higher education institutions and the employers.

Dr. Andreas Keller is Head of the Higher Education and Research Unit at the Executive Committee of the German education trade union Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) and a member of the Higher Education Standing Committee of Education International – Pan European Network.

Annex 1: Abstract

One important aspect of quality assurance for university degrees and study courses is that they should improve the professional qualifications of higher education graduates. The acquisition of professional qualification is a major criterion in assessing the quality of a course. The trade unions call for every course to demonstrate that it actually qualifies people to exercise their profession. If the professional community believes in the quality of university degrees and study diplomas held by foreign applicants, these will benefit from the same opportunities as domestic applicants. Quality assurance thereby contributes to boosting the international mobility of students and academics.

How any particular course actually imparts professional qualification, and hence its quality, cannot be decreed top down – either by the education bureaucracy or solely by the academic representatives of higher education disciplines. Study reform and quality assurance need, rather, to be organised as participatory processes in which students and representatives of professional practice also take part. Professional practice needs to be represented on both sides: by both the employers and the trade unions on behalf of those who work in the sector.

The first decisive factor is that a professional qualification cannot be reduced to the simplistic formula that training must above all impart qualification of immediate relevance to the profession. In this respect, the widely used term “employability” is too narrow. But nor would the higher education institutions be doing their job properly if they sought to convey a canon of knowledge with no particular purpose in total isolation from professional requirements. A degree that enables students to exercise a profession is one that, first, relates to professional practice and, second, provides students with the scientifically founded qualification they need to reflect critically on professional practice.

Annex 2: Text for PowerPoint slides